

Gründung der GEBÄUDEALLIANZ NRW FÜR KLIMASCHUTZ

Düsseldorf, 07. Juli 2016. Kammern, Spitzenverbände, Landesverbände von Gewerkschaften, Wohnungswirtschaft, Umwelt-, Naturschutz-, Verbraucher- und Sozialverbände haben sich in einer „Gebäudeallianz NRW für Klimaschutz“ zusammengeschlossen. Ziel dieses breiten Bündnisses ist, den Klimaschutz in den Bereichen Wohnen und Bauen voranzutreiben und gemeinsam erarbeitete Schwerpunkte und Interessen in den politischen Raum in Nordrhein-Westfalens einzubringen.

Die durchschnittliche jährliche energetische Sanierungsrate soll laut dem Klimaschutzplan NRW gesteigert werden. Das Ziel ist also definiert, die Technik ist vorhanden, allerdings sind jetzt bereits unterschiedliche Geschwindigkeiten und Wege zur Zielerreichung zu beobachten. Der Prozess bedarf bereits vorhandener, aber auch neuer Lösungsansätze, die teils noch unter Einbezug verschiedener Akteursgruppen erarbeitet werden müssen. Die wichtigsten Stakeholder in diesem Prozess haben sich daher für NRW in der *Gebäudeallianz NRW für Klimaschutz* zusammengeschlossen. Als politische Vertretung von gemeinsamen Interessen soll die Allianz die nordrhein-westfälischen und die nationalen Klimaschutzziele im Bereich Wohnen und Bauen konstruktiv und kritisch begleiten und darüber informieren. Auch wenn der Zusammenschluss eine stetige Austausch- und Diskussionsplattform der verschiedenen Akteure und ihren Interessen sein wird, so konnten sich diese bereits auf zentrale Forderungen einigen, die als Leitplanken für das Ausloten gemeinsamer Standpunkte und Überschneidungen dienen. Demnach braucht die Energiewende zunächst den Fokus auf folgende Maßnahmen: Auf eine Wärmedämmung, die ökologisch effizient und verträglich, wirtschaftlich rentabel und baukulturell zuträglich ist, auf effizientere Wärme- und Kälteerzeugung, bei der verstärkt erneuerbare Energien zum Einsatz kommen und auf den Ausbau NRWs zum Forschungslabor für Gebäude und Quartiere – ohne dabei aber den Blick auf einen sozialverträglichen Umbau zu verlieren.

Die *Gebäudeallianz NRW für Klimaschutz* will auch aktuell drängende Themen – etwa die Zuwanderung von geflüchteten Menschen und die entstehenden zusätzlichen Bedarfe an bezahlbarem Wohnraum – nicht aussparen. Vor diesem Hintergrund möchte die Allianz die Diskussion darüber aufgreifen, bauliche Verfahren und Standards zu verbessern. Es ist den mitwirkenden Verbänden und Kammern wichtig zu betonen, dass es im Kern darum gehen muss, die klimaschutzpolitischen Ziele einzuhalten und zugleich bauliche Verfahren so zu gestalten, dass sie schneller abzuwickeln sind und Mieter nicht durch die Baukostenentwicklung überfordert. Es geht um eine effektive Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus, verbunden mit schnellen Genehmigungsverfahren für die Schaffung von energetisch effizientem und preiswertem Wohnraum. Die *Gebäudeallianz NRW für Klimaschutz* ist davon überzeugt, dass eine gesellschaftliche Diskussion darüber notwendig ist. Diese muss auch Fragen aufgreifen und beantworten, wie für die Politik mittel- und langfristig Klimaschutz und soziale Ausgewogenheit bei einer ausreichenden Fläche von bezahlbarem Wohnraum finanzierbar ist. Eine Veranstaltung, die sich dieser Debatte stellt, ist für den Herbst dieses Jahres geplant.

Kontakt: [Sophia Schönborn](mailto:sophia.schoenborn@klimadiskurs-nrw.de) | T 0211 828 054 96 | sophia.schoenborn@klimadiskurs-nrw.de

Die Gebäudeallianz NRW für Klimaschutz wird organisiert durch den KlimaDiskurs.NRW e.V.

Der KlimaDiskurs.NRW e.V. ist ein parteipolitisch unabhängiger Zusammenschluss von Unternehmen, Verbänden/Vereinen, Kommunen, wissenschaftlichen Einrichtungen, Kirchen und Gewerkschaften in NRW. Der gemeinnützige Verein begleitet gleichermaßen kritisch und konstruktiv die zentralen klima- und energiepolitischen Prozesse. Ziel ist es, den Diskurs zum Thema Klimaschutz zwischen allen relevanten Akteuren in NRW zu institutionalisieren, um blockierende Interessensgegensätze zu überwinden. Der KlimaDiskurs.NRW e.V. wird von der Stiftung Mercator sowie der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen gefördert.